

**Lieber Peter,**  
bei Deinem letzten Brief fiel mir zunächst auf, dass Du Dein/Euer Lieblingsthema „Maut für Ausländer“ fallen lässt wie eine heiße Kartoffel, obwohl meine Attacken auf dieses Projekt ja schon heftig waren. Kommt Zeit, kommt Rat. Irgendwann werdet Ihr schon noch einen Ausstieg aus dieser Nummer finden. Schließlich hat sie Euch im Superwahljahr 2013 hübschen Auftrieb gegeben. Das muss reichen.

Nur Euer Generalsekretär Andreas Scheuer ballert noch im Schützengraben herum. Er will den Gutachter des Deutschen Bundestags – und nicht der CSU-Landesleitung! – feuern, weil der dieses Projekt für europarechtlich unzulässig hält. Na, da könntet Ihr ja gleich alle Professoren auf die Straße setzen, die auch schon zu diesem Ergebnis gekommen sind. Das gäbe für den juristischen Nachwuchs Aufstiegschancen in Hülle und Fülle. Keine Sorge: War nur ein Scherz!

Einen Fehler hat sich der Gutachter aber tatsächlich geleistet: Er hat übersehen, dass jene Kunden, die im geplanten Modell ihre Vignette

im Netz bestellen, bessere Konditionen erhalten sollen. Aber am Grundsätzlichen ändert das gar nichts!

Dein Themenwechsel hat aber wohl vor allem mit den Attacken zu tun, denen Du wegen den Nebentätigkeitschlagzeilen ausgesetzt bist. Das wurmt Dich offenbar mächtig. Aber Du wirst Dich wundern: In den beiden zentralen Fragen bin ich Deiner Ansicht:

1. Es ist ein Unding, bei Freiberuflern bei bestimmten Einnahmen die Kosten ihres Büros und ihres Personals nicht zu berücksichtigen, wie es selbstverständlich getan werden müsste und ja auch bei der Steuer geschieht. Im Parlament gibt's doch so viele Anwälte – wieso könnt Ihr da nicht mit einer interfraktionellen Initiative eine Korrektur durchsetzen?

2. Vertreter der „politischen Klasse“ sollten – auch wenn sie als Staatssekretär unter dem Schutz ihrer Anonymität agieren können – vorsichtiger hantieren mit Sprengsätzen, die auch die eigenen Leute, ja sogar die eigene Sache hochgehen lassen können.

Damit wir uns nicht miss-



## Briefwechsel

zwischen  
Peter Gauweiler und Christian Ude

### *Mancher Stein fällt auf den eigenen Kopf zurück*

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Christian Ude.

verstehen, das soll nicht heißen: Wagenburg-Mentalität bei unberechtigten Privilegien oder tatsächlichen Verfehlungen. Das soll aber sehr wohl heißen: Nicht bei anderen anprangern, was man selber tut. Oder: was man selber auch nur unzulänglich erledigt. Oder: was man selber ausdrücklich für zulässig erklärt hat, obwohl man es auch hät-

te unterbinden können.

Konkret: Die Nebenverdienst-Debatte war doch viele Monate lang im letzten Bundestagswahlkampf bundesweit Euer zentrales Erregungsthema, um den SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück anzuschließen, dessen stattliche Vortragshonorare vor allem für jene Parlamentarier ein Ärgernis wa-

ren, für deren Reden nie im Leben jemand auch noch Geld ausgeben würde. Diese Neid-Kampagne, der damals kaum jemand aus Euren Reihen widersprach, fällt Euch jetzt auf Deinen Kopf zurück (was mancher von Euch vielleicht gar nicht so schlimm findet).

Fast schon lustig finde ich es, dass Dir der unbekannte Staatssekretär (ich kenne ihn wirklich nicht) „brutales Desinteresse am parlamentarischen Geschehen“ vorwirft. Wer hat denn die Rechte des Parlaments vor dem Bundesverfassungsgericht eingeklagt, als sie wegen der Finanzkrise und der Rettungsschirme regierungsfreundlich zurückgestutzt werden sollten? Wäre es Dein Kritiker gewesen, würden wir alle seinen Namen kennen. Es war aber ein Münchner Abgeordneter, der damit sein „brutales Desinteresse“ unter Beweis stellte. Und warum in Karlsruhe? Weil er im Bundestag nicht genügend Mitstreiter fand. Also bitte.

Und schließlich: Wie Fernbleiben von Sitzungen und Abstimmungen sanktioniert wird, regelt doch das Parlament selbst. Man könnte da empfindlichere Abzüge vorse-

hen. Aber das tut niemand. Vermutlich, weil es zu viele trübe. Da ist es bequemer, die Abwesenheit der Freunde mit unaufschiebbaren Pflichten im Wahlkreis zu entschuldigen und die Abwesenheit der Konkurrenten als unverzeihlichen Skandal hinzustellen.

Ich schreibe dies alles übrigens nicht, um Dir aus einer vermeintlichen Patsche zu helfen, sondern um der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken, die ja anwachsen muss, wenn Politiker ihre Maßstäbe am laufenden Band ändern, je nachdem, ob es gerade um Freund oder Feind geht.

Schon vor etlichen Jahren hat Erhard Eppler eine bemerkenswerte Beobachtung gemacht. Er sagte sinngemäß: Je mehr sich die politischen Parteien einander angleichen, je weniger inhaltliche Unterschiede der Wähler erkennen kann, desto kleinlicher und feindseliger werden die wechselseitigen Vorwürfe, um vom Fehlen inhaltlicher Kontroversen abzulenken ... Ich fürchte, dass Erhard Eppler Recht hat.

Herzlich,  
Dein Christian